

Green Economy

Preisschild für nachhaltiges Wirtschaften

Expertenempfehlungen für eine umweltfreundliche Ökonomie bleiben hinter den Erwartungen zurück

Das Fachforum „Nachhaltiges Wirtschaften“ hat auf der Green-Economy-Konferenz im November in Berlin seine Empfehlungen vorgestellt, wie eine nachhaltigere Wirtschaftsweise in Deutschland umgesetzt werden kann. Für das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) machen die Empfehlungen auf halber Strecke halt. Statt umweltschädlicher Subventionen fordert es eine höhere Steuer auf Umwelt- und Ressourcenverbrauch. ■ VON BJÖRN KLUSMANN, FÖS

Zahlreiche TeilnehmerInnen folgten der Einladung des Bundesumweltministeriums und des Bundesforschungsministeriums zur Green-Economy-Konferenz 2016, darunter große Umweltverbände sowie der Bundesverband der Deutschen Industrie und der Deutsche Gewerkschaftsbund. Als Diskussionsgrundlage dienten die Vorschläge des Fachforums „Nachhaltiges Wirtschaften“, ein Beratungsgremium der Bundesregierung, das den Forschungsbedarf für Nachhaltigkeit identifizieren und Handlungsempfehlungen für die Politik formulieren soll. Die Empfehlungen zeigen jedoch nur notwendige, aber keine hinreichenden Schritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft auf. Selten lassen sich die großen Unterschiede zwischen theoretischer Übereinstimmung und praktischem Handeln deutlicher erkennen. Auf der einen Seite sind da die langwierigen praktischen Verhandlungen um konkrete politische Maßnahmen, die Eingang in den Klimaschutzplan der Bundesregierung finden sollten. Auf der anderen Seite ist dort das theoretische und konsensuale Beratungsschlagen über potenziell geeignete Maßnahmen, wie Deutschland den Wandel zu einer Green Economy bewerkstelligen kann. Die Einigkeit hierbei ist groß, die Chancen sind immens. Doch hängen beide Ebenen unweigerlich miteinander zusammen – Theorie allein bleibt eben grau.

Auf der Green-Economy-Konferenz wurden übergreifende Empfehlungen präsentiert, die das FÖS wie die meisten Umweltorganisationen ausdrücklich unterstützt. Unter anderem heißt es darin, dass „Verfahren entwickelt und von den beteiligten Akteuren vereinbart werden [sollen], die externe ökologische und soziale Kosten

... internalisieren und Nachhaltigkeit geldwert oder indikatorisch in Bilanzen und Berichten ausweisen“. Die Präferenz des FÖS liegt dabei ganz klar auf der geldwerten Abbildung der externen Kosten. Warum sollte sich der Staat darauf beschränken, ein umfassenderes Berichtswesen von Unternehmen einzufordern? Weniger bürokratisch ist es doch, grundsätzlicher an das Thema heranzugehen und dafür zu sorgen, dass die Preise mindestens die offenkundigen ökologischen und sozialen Kosten abbilden, die schon heute bekannt sind.

Umweltkosten über Preise abbilden

Auch den Appell des Papiers – „nachhaltige Lösungen müssen am Markt durch Nachfrage überzeugen“ – hält das FÖS für gut gemeint. „Durch Nachfrage überzeugen“ ist eine eigentümliche Formulierung, denn in der Marktwirtschaft geht es Anbietern von Dienstleistungen und Produkten doch immer darum, die NachfragerInnen zu überzeugen. Aber nicht jedes Angebot verschafft sich seine Nachfrage. Vielmehr entsteht Nachfrage nach bestimmten nachhaltigeren Lösungen erst dann in ausreichendem Maße, wenn diese nicht automatisch teurer sind, so wie es heutzutage oft der Fall ist. Gerade der Preisvergleich zwischen Lebensmitteln in Bioqualität und denen aus konventioneller Produktion lässt viele VerbraucherInnen immer noch eher zum Schnitzel aus Massentierhaltung greifen, als das Konkurrenzprodukt mit Biosiegel zu wählen. Dass selbst bei den grundsätzlich an nachhaltigem Lebensstil interessierten VerbraucherInnen die Entscheidung viel zu oft derart ausfällt, erklärte im Rahmen der Konferenz auch die

Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) vor allem mit den Preisunterschieden zwischen diesen Produkten. Was läge näher, als dafür zu sorgen, dass ein Teil der externen Kosten nicht nachhaltiger Lebensmittelproduktion Eingang in die Preise findet?

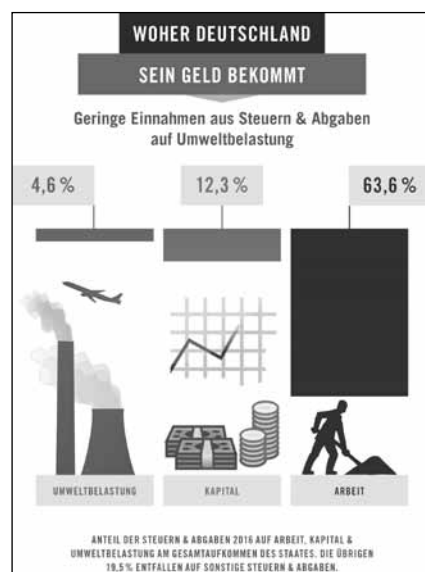
Wenn wir heute eine zunehmend von der realen Flächenverfügbarkeit losgelöste Fleischproduktion betreiben, ist dies auch möglich, weil der damit verbundene, viel zu große Stickstoffüberschuss nicht mit einem Preis versehen wird, etwa über eine Stickstoffüberschussabgabe. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft hat vor Kurzem auf einer vom FÖS organisierten Agrarkonferenz darauf hingewiesen, dass die Trinkwasserqualität immer schwieriger zu gewährleisten sei. Die Kosten dafür tragen wir alle mit unseren Wassergebühren. Richtig wäre es jedoch, die Kosten den Verschmutzungsverursachern zuzuordnen.

Der Preis beeinflusst maßgeblich die Kaufentscheidung

Gerade bei den Vorschlägen zum nachhaltigen Konsum macht das Empfehlungspapier auf halber Strecke halt. So stellt das Fachforum fest, dass die „verständliche und alltagstaugliche Kennzeichnung ... nachhaltige Kaufentscheidungen“ erst ermögliche. Sicher sind Information und Transparenz über Produktion und Herkunft wichtige Voraussetzungen für nachhaltige Kaufentscheidungen. Sie reichen aber eben nicht aus. Eines der wirksamsten Labels ist und bleibt das Preisschild. Das beste Siegel nützt weniger, als es könnte, wenn nicht auch die Steuer- und Abgabenpolitik des Staates dazu beiträgt, dass das ökologisch Notwendige auch das ökonomisch Sinnvolle wird.

Nach Ansicht des Fachforums dürften „innovative IT-basierte Methoden zur Nachverfolgung von Ressourcenlasten, auf die Konsumenten reagieren können“, dabei helfen. Aber was spricht dagegen, schon heute einen wirksamen CO₂-Preis zu etablieren, damit der ökologische Rucksack mindestens mit Blick auf dieses Treibhausgas auch für die EndverbraucherInnen in Form eines adäquaten Preises sichtbar wird? Die Wissensbasis hierfür ist längst vorhanden. Die Methodenkonvention des Umweltbundesamtes (UBA) legt nahe, dass der CO₂-Preis bei mittleren Annahmen bei 80 Euro pro Tonne liegen sollte. CO₂ braucht insofern einen deutlich höheren Preis, als die heutigen Steuern und der darniederliegende Emissionshandel zu leisten imstande sind. Es ist also an der Zeit für eine Finanzreform, die das deutsche Steuer- und Abgabensystem wieder in den Blick nimmt.

Noch immer werden in großem Umfang umweltschädliche Subventionen gewährt. Nur ein Beispiel ist das Dienstwagenprivileg. Dabei wird monatlich nur ein Prozent des Listen-Neupreises wie Einkommen versteuert. Im Gegenzug bekommt man eine Auto-Flatrate. Für viele ist der Dienstwagen daher normaler Bestandteil der Gehaltsverhandlungen. Anders gesagt: Die Krankenschwester muss die Steuerausfälle des Staates kompensieren, damit der Oberarzt weiter freie Fahrt mit seinem SUV genießen kann.



Neben diesen offenkundigen Missständen steht auch die übergreifende Struktur des Steuer- und Abgabensystems einer nachhaltigen Wirtschaftsweise entgegen. Für das Aufgreifen dieses Themas bieten die Empfehlungen des Fachforums Ansatzpunkte. So solle der Staat sein Handeln nachhaltig gestalten, „indem er Steuerungsinstrumente nutzt, zum Beispiel im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik“. An dieser Stelle hat der Staat kein Erkenntnisproblem, es fehlt allein an politischem Mut und Entschlossenheit.

Das Verursacherprinzip anwenden

Wir zahlen unsere Steuern heute nicht auf das, was der Gesellschaft schadet, sondern auf das, was allen nützt (siehe Grafik, © FÖS). Unser Gemeinwesen finanziert sich zu knapp zwei Dritteln über die Besteuerung von Arbeit. Alle ArbeitnehmerInnen und Unternehmen tragen zu dieser Finanzierung bei – egal wie umwelt- und klimaschonend sie sich verhalten oder wie nachhaltig und sozial sie wirtschaften. Steuern auf Ressourcen- und Umweltverbrauch finanzieren unser Gemeinwesen nur zu 4,6 Prozent. Die tatsächlichen Kosten von Umweltschäden und sozialer Ungerechtigkeit müssen den VerursacherInnen und nicht den SteuerzahlerInnen in Rechnung gestellt werden. Dies geht, ohne die BürgerInnen und Unternehmen in ihrer Entscheidungsfreiheit zu bevormunden oder durch Verbote einzuschränken. Wenn die Regierung eine solche Reform aufkommensneutral ausgestaltet, erreicht sie gleichzeitig eine höhere Lenkungswirkung und kann auch die Wirtschaft mit ins Boot holen. Erst kürzlich meldete sich eine große Zahl namhafter Unternehmen zu Wort und forderte einen engagierten Klimaschutzplan ein, der auch wirksame CO₂-Preise erreichen muss.

Grundlage einer nachhaltigen Wirtschaft ist nach Überzeugung des FÖS eine nachhaltige Finanzreform. Diese muss beim Abbau der umweltschädlichen Subventionen ansetzen. Indem Dieselmotoren steuerlich vergünstigt wird, bevorteilt die Bundesregierung eine umwelt- und gesundheitsschädliche Technologie. Dies verhindert offenkundig das entschlossene Umsteuern in der Automobilwirtschaft hin zur Dekar-

bonisierung des Individualverkehrs. Obendrein trägt es dazu bei, dass die Menschen sich überhaupt viel zu häufig für das Auto und gegen die Bahn entscheiden.

Die gesamte Energiebesteuerung gehört auf den Prüfstand. Die aktuellen Steuersätze sind über die Energieträger hinweg nicht konsistent und in ihrer Höhe nicht ausreichend. Rechnet man die Energiebesteuerung auf CO₂ um, entspricht die Energiesteuer auf Erdgas beispielsweise einem Preis von 27 Euro pro Tonne CO₂, die auf leichtes Heizöl etwa 23 Euro pro Tonne. Zudem besteuert Deutschland leichtes Heizöl mit nur sechs Cent pro Liter, was in etwa ein Drittel des europäischen Durchschnitts ausmacht. Da überrascht es nicht, dass der Absatz der Ölheizungen wieder ansteigt, während der Verkauf von Heizungen auf Basis erneuerbarer Energien stagniert. Setzt man an diesen Punkten konsequent an, kann der Staat im Gegenzug endlich den Faktor Arbeit entlasten. Wenn es stimmt, dass Deutschlands wichtigste Ressource in den Köpfen der Menschen steckt, ist es doch paradox, dass die Arbeit der Menschen hoch besteuert wird, die Verbrennung der importierten fossilen Rohstoffe allerdings für Schleuderpreise zu haben ist. Würde Deutschland der Empfehlung der EU-Kommission nachkommen und den Anteil der Steuern auf Umwelt- und Ressourcenverbrauch auf zehn Prozent an der Finanzierung des Gemeinwesens erhöhen, könnten stattdessen zum Beispiel die Beiträge zu den Sozialversicherungen um fünf Prozentpunkte sinken. Alternativ kann der Staat das Geld auch auf anderem Wege an die Unternehmen und BürgerInnen zurückgeben. Entscheidend ist, dass Steuern und Abgaben endlich dazu genutzt werden, eine Umgestaltung zu ermöglichen. Dann klappt es auch mit dem nachhaltigen Wirtschaften.

Björn Klusmann ist Geschäftsführer des Forums
Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 762399130,
E-Mail: bjoern.klusmann@foes.de,
www.foes.de

